

Uta Meier-Gräwe

Kitas in der Krise, Wirtschaft in Gefahr

Seit über zehn Jahren schon haben Familien hierzulande einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für unter Dreijährige. Doch was einst dazu gedacht war, Familien den Alltag zu erleichtern, wird in der Praxis längst nicht überall eingelöst. Bundesweit fehlen den Kitas derzeit etwa 100 000 Erzieherinnen und Erzieher, und in der Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern sieht es nicht besser aus. Eine zügige Rückkehr in den Beruf vor allem vieler Mütter kann angesichts dessen oft nicht gewährleistet werden – von frühkindlicher Bildung ganz zu schweigen. Unter den Folgen des Fachkräftemangels aber leiden nicht nur Familien und das pädagogische Personal, sondern langfristig auch die hiesige Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund machen die Empfehlungen, die die wirtschaftsnah Bertelsmann Stiftung (BMS) Ende vergangenen Jahres in ihrem „Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023“ veröffentlichte, einigermaßen sprachlos.¹ Die Forderung der Stiftung, der sich Ende Januar die Wochenzeitung „Die Zeit“ in einem Beitrag uneingeschränkt anschloss, lautet: „Weniger Stunden für alle!“² Damit ist nicht etwa eine Verkürzung der wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit auf 30 Stunden für alle oder zumindest für das Berufsfeld von Kita und Schule gemeint, um erschöpfte pädagogische Fachkräfte zurückzugewinnen. Auch Forderungen nach einer besseren Bezahlung, wie sie derzeit landauf, landab von Lokführern, dem Sicherheits-

personal oder von Busfahrern erhoben werden, fehlen vollständig.

Stattdessen ist in der „Zeit“ zu lesen, man habe den Familien mit dem Rechtsanspruch auf acht Stunden Kinderbetreuung einfach zu viel versprochen. Deshalb hat die Bertelsmann Stiftung Kürzungsszenarien für die einzelnen Bundesländer durchgerechnet. Das Ergebnis: Um allen Kindern einen Zugang zur Kita zu ermöglichen, müsste die Stundenzahl in den meisten westlichen Bundesländern auf sechs Stunden runter. In den östlichen Bundesländern sieht es etwas günstiger aus. Hier gehen die Szenarien von sieben Stunden aus, was jedoch angesichts der dort deutlich öfter in Vollzeit beschäftigten Mütter (etwa 40 Prozent) erhebliche Zeitkonflikte erzeugen würde, sodass viele das Volumen ihrer Arbeitsstunden reduzieren müssten. Allerdings wären auch dann bis 2025 immer noch nicht die wissenschaftlich empfohlenen Personalschlüssel für Kitas erreicht.

Gleichwohl: Angesichts bundesweit fehlender Kitaplätze und eines empfindlichen Personalmangels helfe – neben der Einführung von „Quereinsteiger“-Programmen und einer Entlastung pädagogischer Fachkräfte von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und Verwaltungsaufgaben – eben nur noch dieser radikale Schnitt: Mehr als sechs Stunden Betreuung täglich pro Kind seien einfach nicht drin.

Ganz abgesehen davon, dass selbst sechs Stunden Betreuung im ländlichen Raum und zunehmend sogar in Universitätsstädten wie beispielsweise in Tübingen nicht oder längst nicht mehr überall angeboten werden können, werden gerade vielerorts hauswirt-

1 Bertelsmann Stiftung, Fachkräfte-Radar für KiTa und Grundschule 2023, 28.11.2023.

2 Johanna Schoener, Weniger Stunden für alle!, zeit.de, 30.1.2024.

schaftliche oder pädagogische Ausbildungsgänge aufgrund von drastisch sinkenden Anmeldezahlen zurückgefahren oder ganz eingestellt. Allein in Baden-Württemberg hat sich jüngst die Zahl der fehlenden Betreuungsplätze nochmals um 1800 auf 59400 Plätze erhöht. Zugleich fehlen dort mehr als 18000 Erzieherinnen und Erzieher, um alle Kinder betreuen zu können, deren Eltern dies wünschen.

Anstatt aufgrund dieser dramatischen Entwicklungen die Sorge- und Versorgungswirtschaft prioritär anzukurbeln, gerade dort die Arbeitsbedingungen entschieden zu verbessern und endlich für alle Azubis in diesem Berufsfeld eine Ausbildungsvergütung zu zahlen sowie mit der Zumutung Schluss zu machen, ihnen monatlich 300 Euro Schulgeld abzuverlangen, wird das Problem in Deutschland wieder einmal privatisiert. Eltern müssten untereinander einfach solidarischer sein, so stellt Kathrin Bock-Famulla, eine der Autorinnen der Studie, lapidar fest. Sechs Stunden Kita-Betreuung seien doch schließlich besser als gar keine Betreuung.

Aufschrei aus der Wirtschaft

Ist das allen Ernstes die zentrale Empfehlung einer politisch einflussreichen Stiftung, die seit Jahren vielfältigste Analysen und Studien zum Thema frühkindliche Bildung, Ganztagsbetreuung und demografischer Wandel erstellt hat? Das Dilemma war vorhersehbar. Doch wo sind die Handlungsempfehlungen systemischer Art, die im Verbund mit Wirtschaftsvertretern, den Industrie- und Handwerkskammern oder etwa über den Rat der Wirtschaftsweisen nachdrücklich an die politischen Entscheidungsträger gerichtet werden?

Immerhin gibt es inzwischen einen Aufschrei von 30 Dax-Vorständen, CEOs und Personalverantwortlichen, die ihr Geschäftsmodell durch den

Mangel an Betreuungsplätzen in Kitas und Schulen akut bedroht sehen.

So betont Andreas Haffner, Personalvorstand bei Porsche, in der „Zeit“, dass das Unternehmen viel Geld für Belegplätze in den umliegenden Kitas für die Kinder seiner Mitarbeitenden ausgibt. Dennoch würden die Betreuungszeiten reduziert, etwa am Standort Sachsenheim, wo derzeit aktuell nur Öffnungszeiten bis halb zwei nachmittags angeboten würden statt – wie ursprünglich vereinbart –, bis fünf Uhr abends. Die umfangreiche Bürokratie sei ein weiteres Hemmnis. „In Zuffenhausen wollen wir eine eigene Kita bauen, um das Arbeitsumfeld der Kitafachkräfte besser gestalten zu können. Von den 80 Kitaplätzen hätten wir gerne die Hälfte jungen Familien aus dem Stadtbezirk angeboten. Damit wollten wir die Diversität erhöhen und den im Umland vorhandenen Bedarf decken. Die Behörden bremsen: Auf unserem Zuffenhausener Betriebsgelände dürfen keine anderen Kinder zur Kita gehen.“³ Angesichts der aktuellen Lage fehle ihm hierfür jegliches Verständnis.

Auch Dietmar Knoess, Personalverantwortlicher beim Sportartikelhersteller Puma, meint, dass Eltern und Unternehmen mit dem Problem Kinderbetreuung alleingelassen werden und kreative Lösungen finden müssen: „Um unsere Mitarbeitenden zu entlasten, ermöglichen wir ihnen, die Kinder mit ins Büro zu bringen. Nachmittags haben wir eine Lehrkraft angestellt, die sich um die schulpflichtigen Kinder kümmert. [...] Es gibt einen Mangel an Fachkräften, aber der Markt reguliert nicht das Gehalt: Eine öffentliche Einrichtung darf aufgrund der tariflichen Strukturen nicht mehr zahlen als eine andere. Lieber lässt man zu, dass Erzieherinnen und Erzieher in andere Bereiche abwandern. Sehenden Auges steuern wir in ein großes Dilemma.“

³ Vgl. Jana Gioia Baumann und Johanna Schoener, „Der Betreuungsmangel gefährdet unser Geschäftsmodell“, *zeit.de*, 22.2.2024.

Christian Harms, Geschäftsführer der dm-drogerie-Kette, hat beobachtet, dass die Situation in den Kitas besonders für alleinerziehende Frauen schwierig ist, von denen viele in den dm-Märkten beschäftigt sind. Mobiles Arbeiten von zu Hause ist für diese Mütter nicht möglich, da sie vor Ort gebraucht werden. Die dm-Geschäftsleitung versucht, ihnen den Alltag zu erleichtern, etwa dadurch, dass die einzelnen dm-Teams selbstständig Arbeitspläne erstellen und sich so gegenseitig unterstützen können. Viele Eltern seien froh, wenn sie überhaupt einen Betreuungsplatz finden. Auf die Qualität zu achten, könnten sich allerdings viele von ihnen nicht leisten.

Kontraproduktive Strategien

Fakt ist, dass dieses Problem deutschlandweit selbst verschuldet ist, weil Care-Dienstleistungen in Kita und Schule nach wie vor nicht als systemrelevant angesehen werden, sondern immer noch als ein möglichst zu reduzierender Kostenfaktor gelten. Die Empfehlung der BMS läuft am Ende darauf hinaus, die Kosten für öffentliche Betreuung und frühkindliche Bildung zu minimieren, indem diese Aufgaben wieder verstärkt und unbezahlt in den „heiligen Schoß“ der Familie gelegt, genauer: an die Mütter zurück delegiert werden. Eltern hätten mit ihrem Anspruchsverhalten inzwischen einfach einen zu großen „Kita-Fußabdruck“. Gleichzeitig sollen Frauen aber ihre Wochenarbeitszeit erhöhen. Der deutsche beamtenbund und tarifunion (dbb) beispielsweise hält mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen im öffentlichen Dienst unumwunden an der 41-Stundenwoche fest.

Wundert sich angesichts dieser Misere eigentlich ernsthaft jemand über die zunehmende Politikverdrossenheit, die gerade unter Müttern kleinerer Kinder überdurchschnittlich hoch ist? Ganz zu schweigen von dem Di-

lemma, vor dem Alleinerziehende zwischen Sorgeverantwortung und Existenzsicherung für sich und ihre Kinder stehen.

Die Empfehlung der Bertelsmann Stiftung ist kein strukturell zielführender Masterplan, sondern ein Weiterwursteln wie gehabt, mehr noch: ein Rückfall, den es in den meisten anderen europäischen Ländern so einfach nicht gibt. Und das Trauerspiel endet ja nicht, wenn der Nachwuchs das Kitaalter hinter sich gelassen hat: 2022 fehlten bundesweit fast 530 000 Plätze in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Sind diese Lebensphasen dann irgendwie überstanden, für Mütter bestenfalls mit einer Teilzeitarbeit, kündigt sich die nächste Care-Krise an: der Betreuungs- und Pflegebedarf älterer Familienangehöriger. Bis 2030 werden voraussichtlich sechs Millionen Menschen 80 Jahre und älter sein, 2050 dann zehn Millionen.⁴

Doch hat diese sich sehenden Auges zuspitzende Care-Katastrophe von der Wiege bis zur Bahre in den Verhandlungen um den Bundeshaushalt 2024 auch nur in einem einzigen Redebeitrag im Deutschen Bundestag eine Rolle gespielt? Nein. Gibt es eine Task Force im Bundeskanzleramt, die sich dieses Dramas annimmt? Nein.

Vielmehr argumentiert Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) unverdrossen,⁵ dass soziale (und ökologische) Vorhaben nur umgesetzt werden könnten, wenn das wirtschaftliche Fundament stimme, also die renditegetriebene Güterproduktion oder Hightechindustrie. Deshalb plädierte er im ZDF-Politiktalk von Maybrit Illner auch unumwunden für ein mehrjähriges Moratorium bei den Sozialausgaben und Subventionen, nicht zuletzt, um die Bundeswehr endlich auf

4 Vgl. 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes 2023, destatis.de.

5 Vgl. Christian Lindner: „Wir würden unseren Haushalt rasch strangulieren“, in: „Handelsblatt“, 6.2.2024.

Vordermann zu bringen.⁶ Ihm sekundierte vor mehr als zwei Millionen Zuschauern Clemens Fuest, Präsident des ifo-Wirtschaftsforschungsinstituts, der noch weiter ging und sich zu der Aussage verstieg, dass an Kürzungen im Sozialbereich kein Weg vorbeiführen werde. In martialischer Sprache und vollkommen geschichtsvergessen fabulierte er darüber, dass „Kanonen und Butter“ zwar schön, aber doch Schlaffaffenland seien. Jetzt müsse es vielmehr „Kanonen ohne Butter“ heißen.

Schlusslicht bei den Sozialausgaben

In diesem Zusammenhang ist es überaus erhellend, die Veränderungen bei den öffentlichen Sozialausgaben im internationalen Ländervergleich zwischen 2000 und 2022 zu betrachten. Deutschland liegt mit einem Zuwachs von 26 Prozent auf einem der allerletzten Plätze. Demgegenüber haben die Sozialausgaben in Neuseeland und Irland in diesem Zeitraum um das Fünffache zugelegt (136 respektive 130 Prozent), in Luxemburg und Australien etwa um das Vierfache (jeweils etwa 100 Prozent) und selbst in Großbritannien sind sie um mehr als das Doppelte (59 Prozent) gestiegen.⁷

Einmal mehr zeigt sich, wie fatal es ist, wenn lediglich die Produktion von Maschinen, Autos und Rüstungsgütern als Investitionen betrachtet werden, wohingegen Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben als Konsumausgaben gelten, die vor allem in Krisenzeiten unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Zudem wird ignoriert, dass auch die Care-Ökonomie der öffentlichen Daseinsvorsorge inzwischen ganz erhebliche Wertschöpfungsbeträge generiert und es eine deutliche und absehbar weiter steigende Nachfrage nach personenbezogenen

Dienstleistungen wie Kinderbetreuung gibt. Angesichts dessen gilt es, Care-Dienstleistungen bzw. eine verlässliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge endlich als inhärenten Bestandteil des Wirtschaftssystems zu begreifen. Ohne die Fundamentalökonomie der Sorge kann kein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bestehen.

Zudem werden Personalengpässe in der Kinderbetreuung, aber natürlich auch in Krankenhäusern und in der Pflege den Arbeitskräftemangel an anderer Stelle nochmals erheblich verschärfen, weil dann viele weibliche Erwerbspersonen ihre Kinder selbst betreuen oder ihre Angehörigen pflegen müssen. Damit droht dem alternden Deutschland ein sich selbst verstärkender Abwärtsstrudel, und der Fachkräftemangel wird die Funktionsfähigkeit Deutschlands noch stärker einschränken als bisher schon, und zwar mit ganz erheblichen Folgen für den Wirtschaftsstandort.⁸ Es ist folglich geboten, dass sich führende Wirtschaftsfunktionäre und Politiker in Deutschland nicht nur auf die Potenziale von KI und die renditeorientierte Warenproduktion kaprizieren, sondern umgehend nach machbaren Lösungen und Finanzierungswegen für die fatale Betreuungskrise suchen.

Arbeitsgeberpräsident Rainer Dullger hat hellsichtig erkannt, dass wir uns ein solches Systemversagen auch ökonomisch nicht länger leisten können. Hier sieht er vor allem den Staat in der Pflicht. Deshalb müsste er in einem Spitzengespräch mit Bundesfinanzminister Christian Lindner und dem ifo-Präsidenten Clemens Fuest deutlich machen, dass weder ein mehrjähriges Moratorium bei den öffentlichen Sozialausgaben noch die Strategie „Kanonen ohne Butter“ zielführend sind, sondern den Wirtschaftsstandort Deutschland und den sozialen Zusammenhalt vehement gefährden.

6 In der Sendung vom 22.2.2024.

7 Sebastian Dullien und Katja Rietzler, Die Mär vom ungebremst wachsenden deutschen Sozialstaat, imk-boeckler.de, Februar 2024.

8 Warum Arbeitskräfte trotz Rekordbeschäftigung und Rezession knapp sind, iab-forum.de, 10.1.2024.